

Dietrich Briesemeister (Berlin)

Der *Estado Novo* des António de Oliveira Salazar

Der *Estado Novo* und die Streitkräfte

Es waren Offiziere, die mit ihrem Aufstand Ende Mai 1926 der maroden Republik den Todesstoß versetzten. Die Militärjunta erwies sich jedoch als unfähig, das von der Republik hinterlassene Finanzchaos zu bewältigen, und wollte daher einen Zivilisten, den Universitätsprofessor António de Oliveira Salazar aus Coimbra, der zwar politisch bislang nicht hervorgetreten war, aber mit seinen Veröffentlichungen Aufsehen erregt hatte, in das Kabinett berufen, nachdem General Gomes da Costa erklärt hatte:

Die Nation verlangt nach einer starken Regierung, deren Mission es ist, das Vaterland zu retten, die alle Kräfte in sich vereint, jedoch nur, um zu gegebener Zeit wieder ein wahrhaft nationales, repräsentatives Staatswesen zu errichten, nicht eine Republik politischer Banden, sondern eine, die um die wahren Interessen der Nation, die lebensnotwendigen und übergeordneten Interessen Portugals besorgt ist. An der Spitze der portugiesischen Armee, die von dem gleichen patriotischen Streben geeint ist, proklamiere ich das nationale Interesse und setze es dem unrühmlichen Verhalten der Politiker und Parteien entgegen, und ich werde dieses kranke Land einer Regierung übergeben, die fähig ist, ihren inneren Feinden mit dem gleichen kämpferischen Heldenmut entgegenzutreten, den sie angesichts ausländischer Feinde entfaltet (zitiert nach Kay 1971: 53).

Dann marschierte er mit seinen Truppen in Lissabon ein. Salazar stellte harte Bedingungen und forderte Vollmachten, welche die untereinander zerstrittenen und in Nationalökonomie unerfahrenen Militärs nicht erfüllen konnten, etwa eine strenge Ausgabenkontrolle, die drastische Verringerung der öffentlichen Ausgaben und der Staatsverschuldung sowie ein Mitspracherecht in allen die Finanzgesetzgebung betreffenden Fragen. Salazar lehnte das seine Forderungen nicht vollständig erfüllende Angebot der Militärs ab und kehrte nach Coimbra zurück. Als nach gewalttätigen Auseinandersetzungen im Land und anhaltenden Unruhen am 25. März 1928 General Carmona, ein ehemaliger Kriegsminister, Präsident der Republik wurde, ernannte er am 27. April 1928 Salazar erneut zum Finanzminister. Bei der Übernahme des Amtes betonte dieser, daß es für ihn ein großes Opfer sei, das er jedoch um des Landes willen auf sich nehmen und in «gelassener und ruhiger Erfüllung einer Gewissenspflicht» verwalten werde. Er war der überragende Kopf im Kabinett, so daß Carmona ihn am 5. Juli 1932 zum Ministerpräsidenten ernannte. Salazars Verhältnis zu den

Militärs war von Anfang an nicht von Spannungen und Vorbehalten frei, aber in der Krise mußten diese die Remedur akzeptieren, die der Gelehrte ihnen vorschrieb. Das Militär war gewohnt, sich als «obersten Schiedsrichter der portugiesischen Politik» zu verstehen, doch Salazar versuchte alsbald entschlossen, dessen Einfluß einzuschränken. Die Soldaten scharten sich daher ergeben um ihren General Carmona. Salazar wuchs mit seiner Sanierungspolitik und ersten Erfolgen Macht und Ansehen zu, so daß sogar Vermutungen geäußert wurden, er strebe das Amt des Staatspräsidenten an. Von seinen Reform- und Sparmaßnahmen blieben die Streitkräfte nicht verschont. Die Militärausgaben wurden gekürzt, und vor allem Maßnahmen wie die Zusammenlegung des Kriegs- und Marineministeriums zum Verteidigungsministerium sowie die Neuregelung der Beförderung erregten heftigen Unmut bei den Streitkräften. Schon bei der ersten Wahl zur Nationalversammlung 1934 stellte daher die *União Nacional* in geschicktem Gegenzug Offiziere als Kandidaten auf. Aber das Verbot der Freimaurer 1935, denen nicht wenige Offiziere angehörten, beschwor einen neuen Konflikt herauf. General Norton de Matos, Großmeister der Loge, wurde in die Reserve versetzt. Auch die Schaffung der *Polícia de Vigilância e de Defesa do Estado* (1933), deren Leitung zwar ein Offizier übernahm, deren Zuständigkeit aber auch die Armee erfaßte, wurde höchst mißtrauisch gesehen, garantierte doch die Verfassung (1933) «das Bestehen und Ansehen der militärischen Einrichtungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, wie sie von den höchsten Zielen der Verteidigung der nationalen Integrität und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des Friedens gefordert werden. Innerhalb des Hoheitsgebietes gibt es nur eine einzige, einheitliche Militärorganisation.» Der Geheimdienst war unter anderem darauf angesetzt, möglichst frühzeitig geplante Erhebungen unter den Soldaten aufzudecken. Der Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs bot Salazar nicht nur den Anlaß zu einer verstärkten antikommunistischen Propagandakampagne, sondern lieferte auch den Vorwand für den Aufbau einer paramilitärischen Organisation, der *Legião Portuguesa*, als bewaffneter Freiwilligenmiliz. Der Massenaufmarsch dieser neuen Formation während eines Militärmanövers 1937 wurde als Provokation empfunden, zumal Salazar die «Schutzstaffel» als seine Schöpfung anpries. Die Generalität übte deutlich Kritik am Fehlen eines politischen Konzepts für die bewaffneten Streitkräfte. 1937 übernahm Salazar zum Außenministerium auch noch das Kriegsministerium und weigerte sich weiterhin, mehr Geld in die Modernisierung und Ausrüstung der Armee zu stecken. Im September 1938 war es zu einem ernsten Zwischenfall gekommen. Bei einer Meuterei der von Kommunisten gegründeten *Organização Revolucionária da Armada* auf zwei Torpedobooten auf dem Tejo wurden die Schiffe auf Salazars Befehl hin versenkt und die Matrosen in das Straflager Tarrafal deportiert. Immerhin nahm Salazar nunmehr die fälligen Reformen in Angriff und schuf gesetzliche

Regelungen für die Organisation der Streitkräfte, den Militärdienst, die Laufbahn und Soldregelung sowie die Ausbildung und den Aufbau einer Luftwaffe. Zugleich nahm Salazar eine Verkleinerung des Offizierkorps vor und richtete einen Generalstab ein. Der Widerstand war erheblich; wenngleich Salazar bei seinen Maßnahmen Abstriche machen mußte, so übte er dennoch zugleich auch Druck auf die Militärs aus, es kam vermehrt zu Verhaftungen. Am Spanischen Bürgerkrieg nahmen portugiesische Freiwillige (sogenannten «viriatos» nach dem lusitanischen «Freiheitshelden» Viriatus) teil; wie groß das Kontingent war, steht nicht genau fest, ungefähr scheinen es 3000 Mann gewesen zu sein. Nach Francos Sieg vollzog sich eine gewisse Annäherung des Heeres an Salazar. Die Wiederherstellung der Republik und des Parlamentarismus in Portugal war in weite Ferne gerückt. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erklärte Portugal trotz aller Sympathie für das nationalsozialistische Deutschland mit Rücksicht auf die traditionellen Bindungen zu Großbritannien sogleich seine Neutralität. Das Heer wäre auch zu schwach und zu schlecht für ein militärisches Eingreifen ausgerüstet gewesen. Das Desaster der portugiesischen Truppen in Frankreich im Ersten Weltkrieg war zudem noch in deutlicher Erinnerung. Ende 1942 leisteten 116 000 Mann Wehrdienst, nur 60 000 davon waren auf dem Festland stationiert. Auf den Azoren stand ein Expeditionskorps von 26 500 Mann bereit, um die Inseln vor einer möglichen deutschen Invasion zu schützen; die Azoren dienten wenig später den Alliierten als Stützpunkt im Atlantikkrieg. In Ozeanien wurde Timor zunächst von holländischen und australischen, danach von japanischen Truppen besetzt, welche dort bis nach der japanischen Kapitulation blieben.

Im *Pacto Ibérico* hatten sich beide autoritäre Regime auf der Iberischen Halbinsel gegenseitig zur Neutralität im Zweiten Weltkrieg verpflichtet. Infolge der Militäraktionen sowohl in Ozeanien als auch im Atlantik wurde eine geteilte Neutralität praktiziert. In Portugal standen sich in der militärischen Führung anglophile und hitlerfreundliche Kräfte gegenüber. 1944 gab Salazar das Kriegsministerium wieder ab. Die Kriegsumstände hatten zu einer strikten Unterordnung unter die politischen Direktiven des Ministerpräsidenten geführt. Am Tag der Kapitulation des Deutschen Reiches (8. Mai 1945) verlangten Hunderttausende bei einer spontanen Demonstration in Lissabon Demokratie und Freiheit für politische Häftlinge.

Erst in der unmittelbaren Nachkriegszeit kam wieder Bewegung in die Streitkräfte. Es wuchs die Hoffnung, daß diese doch die Diktatur stürzen könnten, und zwar aufgrund der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Staatspräsidenten, der ein Militär war. Es hieß, daß Carmona mit dem Gedanken gespielt haben soll, dem Land wieder eine zivile Regierung zu geben. Santos Costa, der dagegen ein regimetreues Heer schaffen wollte, wurde 1944 Nachfolger Salazars im Amt des Kriegsministers,

genieß aber keineswegs die Sympathie des Offizierkorps. Führungspositionen waren allerdings oft mit Militärs besetzt, die auf Seiten der Achsenmächte standen. Zensur und Geheimdienst wachten über die Loyalität der Truppe. Anfang 1945 übte dennoch die *Organização Militar de Libertação Nacional* in einem Carmona zugeleiteten Manifest wieder heftige Kritik am politischen System, sie verlangte eine Regierung der «nationalen Rettung» («salvação nacional!»), freie Wahlen sowie eine neue Verfassung und hielt Verbindung zu Kräften der linken Opposition. Zwischen 1945 und 1949 kam es wiederholt zu Verschwörungen, das Verhältnis des Staatspräsidenten und Marschalls Carmona zu Salazar blieb gespannt, und die *Junta Militar de Libertação Nacional* betrieb Erhebungen. Teile des Heeres verstanden sich als Garant für die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten. Am 4. April 1949 trat Portugal dem Atlantikpakt bei, die NATO-Zugehörigkeit hatte auf längere Frist tiefgreifende Folgen für das portugiesische Militär und führte zur Schaffung neuer Führungsstrukturen (*Conselho Superior de Defesa Nacional*, *Conselho Superior de Direcção de Guerra*, beide unter Vorsitz Salazars). Am 13. Februar 1949 kam Carmona wieder zu Präsidentenehren, nachdem sein Gegenspieler General Norton de Matos seine Kandidatur zurückgezogen hatte. Bei Carmonas Tod (1951) verschärfte sich das Verhältnis zwischen Salazar und den Truppen erneut. Einige Offiziere spielten sogar mit dem Gedanken, die Monarchie wiedereinzuführen. Salazar wollte jedenfalls das Amt des Präsidenten nicht übernehmen, dessen beschränkte Befugnis er als Schöpfer der Verfassung nur zu gut kannte. Auf seinen Vorschlag hin wurde mit Craveiro Lopes erneut ein Militär an die Spitze des Staates gestellt. Spektakulär war 1958 der Fall des Hauptmanns Henrique Galvão, dem nach langjähriger Haft wegen Meuterei der Ausbruch aus dem Gefängnis gelang. Als Kolonialinspektor hatte er 1947 in einem Bericht die Zustände in Angola angeprangert und verlor daraufhin seinen Abgeordnetensitz für Angola in der Nationalversammlung. 1960 schlug Galvão seinem Offiziersfreund und Präsidentschaftskandidaten von 1958, Humberto Delgado, die Kaperung des portugiesischen Passagierschiffs *Santa Maria* im Namen des «Iberischen Revolutionären Befreiungsdirektoriums» vor. Am 22. Januar 1961 gelang das Unternehmen in der Karibik, das Schiff wurde in «Santa Liberdade» («Heilige Freiheit») umbenannt und nahm Kurs auf Recife, wo es von den brasilianischen Behörden nach Verfolgung durch britische und US-amerikanische Schiffe festgesetzt wurde. Galvão und Delgado erhielten in Brasilien unter Quadros Asyl. Die Entführung wurde nicht als Piratenakt gewertet, da es sich um eine legitime Revolte gegen eine Diktatur handelte. Den Entführern gelang es jedenfalls mit ihrer Aktion, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit für einige Tage auf die diktatorischen Verhältnisse in Portugal sowie auf die Schlagkraft der Opposition zu lenken. Am 13. April 1961 bildete Salazar nach einem wiederum mißlungenen Putschversuch des

Verteidigungsministers Botelho Moniz seine Regierung um und übernahm wieder selbst das Verteidigungsministerium, aber die zum Teil prominenten Verschwörer, die von der Linken, aus dem Militär und sogar aus der Kirche zusammenkamen, wurden nicht belangt, um nicht die Streitkräfte zu diskreditieren und vollends gegen die Regierung aufzubringen. Der Nimbus des Regimes war dahin (Bieber 1975: 96), dessen Ende 1961 nahegerückt schien. Außer der Schiffsentführung und dem Aufstand von General Botelho Moniz, dem ein Memorandum zugeleitet wurde, in dem Offiziere erklärten, daß die portugiesische Jugend nicht bereit sei, in eine verlorene Schlacht gegen «Wilde» (im Angolakrieg) zu ziehen, wurde eine Erhebung aufgedeckt, die Vereinten Nationen klagten Portugal des Rassismus und Kolonialismus an, die Lage in Angola sollte aufgrund einer Resolution des Weltsicherheitsrates untersucht werden, die Opposition forderte beim kurzen Wahlkampf für die Nationalversammlung im Spätjahr 1961 die Selbstbestimmung für die afrikanischen Territorien, eine Linienmaschine der portugiesischen Fluglinie TAP wurde entführt und warf Flugblätter über Lissabon ab, Indien besetzte Goa, Diu und Damão. Entgegen dem Befehl von Salazar (als Verteidigungsminister), Widerstand bis zum letzten Mann gegen den Einmarsch indischer Truppen in Goa zu leisten, ergab sich der Generalgouverneur einer erdrückenden Übermacht. Salazar beschimpfte darauf die Armee als Haufen feiger, vaterlandsloser Versager. Großbritannien, das nach dem anglo-portugiesischen Beistandspakt «verpflichtet» gewesen wäre, portugiesische Territorien zu schützen, ließ sich zur tiefen Enttäuschung Salazars nicht auf feindselige Auseinandersetzungen mit Indien als Mitglied des *Commonwealth* ein. Obgleich mit Portugal ein Mitglied der NATO auf ihm völkerrechtlich gehörenden, eigenen Territorium angegriffen worden war, leisteten auch die anderen NATO-Staaten keine Waffenhilfe. An Silvester 1961 brach schließlich noch in der Garnison von Beja eine Meuterei aus, nachdem zuvor schon einige Kommunisten aus dem Hochsicherheitsgefängnis der PIDE in Caxias entkommen waren. Die Kennedy-Administration in den USA stellte die Waffenlieferungen an Portugal wegen antiamerikanischer Demonstrationen gegen die auf Antrag der USA zustandegekommene Resolution des Weltsicherheitsrates der Vereinten Nationen ein. Portugal drohte daher, den Stützpunktvertrag für die Azoren nicht mehr zu verlängern. Daraufhin gaben die USA nach, aufgrund des neuen Vertrags erhielt Portugal Militärhilfe in Höhe von fast 34 Millionen Dollar (1962-1968), wobei der Waffenwert zweifellos viel höher lag. 1971 wurde für die Base auf den Azoren erneut ein Vertrag geschlossen, der nochmals enorme Wirtschafts- und Entwicklungsgelder nach Portugal fließen ließ.

Über den Kolonialkrieg zu sprechen und zu berichten, war in Portugal unter dem *Estado Novo* tabu. Angesichts der Erfahrung der Aussichtslosigkeit des Busch- und Guerrillakriegs, der Greuelthaten und Opfer (etwa 11 000 Gefallene auf portugiesischer

Seite) sowie der enormen Kosten, die etwa 40 % des Staatshaushalts ausmachten, kam die Diskussion über den Kolonialkrieg nicht nur bei der Opposition in Gang, sondern wurde auch im Offizierkorps geführt. Die Waffenlieferungen der NATO-Partner an Portugal gingen weiter, auch wenn die USA und andere westliche Länder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, von Portugal eine Gewähr dafür verlangten, daß die Waffen nicht für den Krieg in Afrika eingesetzt würden. Doch das blieb lediglich eine Forderung auf dem Papier. Salazars Versuch, Angola, Mosambik und Guinea (nach der Verfassung «integrale Bestandteile Portugals») als NATO-Territorium auszugeben, schlug jedoch fehl. Die Linken warfen der NATO vor, Kriegsmaterial an ein autoritäres Regime zu liefern, «die portugiesische Rechte konnte den staatsrechtlichen Vorbehalt ebensowenig verwinden wie die Weigerung der NATO, mehr und moderne Rüstungsgüter» zur Verfügung zu stellen (Bieber 1975: 98).

Der General Oliveira de Kaulza de Arriaga dagegen, Oberbefehlshaber der Truppen in Mosambik, ehemals Staatssekretär, Lehrer an der Heeresschule, Vorsitzender der portugiesischen Atomkommission und Aspirant auf das Amt des Staatspräsidenten (1972), forderte mit einer Offiziersgruppe die Abberufung Marcelo Caetano als Ministerpräsidenten. An seiner Stelle sollte Adriano Moreira den «totalen Krieg» in den Kolonien führen. Der Präsident Américo Tomás lehnte dies ab, und Kaulza wurde in den Ruhestand versetzt. Er ging unter die Buchautoren, um seinen Kampf mit *Die portugiesische Antwort* fortzusetzen. Der General António de Spínola machte sich mit dem Werke *Portugal und die Zukunft (Portugal e o Futuro, 1974)* ebenfalls folgenreiche Gedanken um die weitere Entwicklung. Caetano, der das Militär wieder stärker politisch in die Pflicht zu nehmen versuchte, hatte Spínola, Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg und Militärbeobachter bei Hitlers Rußlandfeldzug, seit 1961 auch führend am afrikanischen Kolonialkrieg beteiligt, in den Generalstab berufen. Spínola war ein selbstbewußter Offizier aus vornehmer Familie, der mit Monokel und Paradeuniform die aristokratische Attitüde selbstbewußt zur Schau trug. Als wichtiger und erfolgreicher Heerführer gelang es ihm, für den Mannschaftsstand und die afrikanischen Soldaten im Heer Verbesserungen zu erreichen und das Selbstvertrauen der Truppe zu stärken. Spínola war überzeugt davon, daß der Kolonialkrieg mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen sei und daß die «überseeischen Gebiete» nur dann vielleicht zu halten wären, wenn die eingeborene Bevölkerung durch politische und soziale Maßnahmen beruhigt und die Forderungen der Aufständischen erfüllt würden. Er vertrat seine Meinung offen und deutlich, wurde aber von Caetano, der sich gegen die «Ultras» unter den Militärs schützen wollte, hoch dekoriert nach Portugal zurückkommandiert und zum stellvertretenden Generalstabschef unter General Francisco da Costa Gomes ernannt. Mit diesem «Zivilisten in Uniform»

(Bieber 1975: 112) hatte die Bewegung der Streitkräfte (*Movimento das Forças Armadas*, MFA) eine entscheidende Stütze gewonnen. Im Herbst 1973 liefen Flugblätter und Manifeste in der Hauptstadt um. Die Gruppe der Verschwörer umfaßte etwa 250 Offiziere vor allem der unteren Ränge. Am 22. Februar 1974 erschien Spínolas programmatisches, bereits erwähntes Buch *Portugal und die Zukunft*, das innerhalb weniger Tage vergriffen war. Seine Kernthesen lauteten: Der Krieg sei mit militärischen Mitteln nicht zu entscheiden; die Gewährung der Selbständigkeit biete die einzige Möglichkeit, eine Art föderative Verbindung mit den afrikanischen Territorien zu bewahren; die «lusitanische Sendung» («a missão lusitana») habe endgültig ihren mythischen Glanz verloren. Caetano kritisierte Spínola heftig vor der Nationalversammlung und nahm von höheren Offizieren Treuebekundungen entgegen, an denen Spínola und da Costa Gomes demonstrativ nicht teilnahmen und daher sofort ihrer Ämter enthoben wurden. Damit war für die Opposition das Zeichen zum Aufstand gegeben. Am 16. März 1974 meuterten Soldaten in Caldas da Rainha und marschierten auf Lissabon zu, bis sie von regierungstreuen Einheiten aufgehalten wurden und sich ergaben. Bis Mitte April wurden etwa 250 Offiziere verhaftet und verhört, so daß das Kommando der Bewegung der Streitkräfte schnell handeln mußte und in der Nacht vom 24. auf den 25. April 1974 die von Major Otelio Saraiva de Carvalho generalstabsmäßig vorbereitete militärische Aktion ablief, die in weniger als 24 Stunden zum Zusammenbruch des Regimes führte. General Spínola wurde die Führung einer «Junta der nationalen Erlösung» übertragen, nachdem da Costa Gomes sie abgelehnt hatte, Admiral Tomás sowie der Ministerpräsident Marcelo Caetano dankten ab und gingen ins Exil, und Spínola verkündete das Programm des MFA (zu Einzelheiten vgl. von Rahden 1997).

Parteien und Opposition im *Estado Novo*

Die chaotische Innenpolitik der portugiesischen Republik hatte die Parteien um ihre demokratische Glaubwürdigkeit gebracht. Die Militärdiktatur bereitete sowohl dieser Parteienwirtschaft als auch republikanischen Erneuerungsversuchen ein Ende. An den Vorbereitungen zum Militärputsch vom 28. Mai 1926 war lediglich die Linke nicht beteiligt, d. h. die Kommunistische Partei Portugals (PCP) und die *Confederação Geral de Trabalhadores* (CGT), die Arbeitergewerkschaft, die Sozialistische Partei (PS), die intellektuelle Reformgruppe *Seara Nova* sowie die Republikanische Partei Portugals (PRP). Bei der Gründung des Neuen Staates war nur noch der PRP als lockerer Verbund verschiedener Fraktionen und ihrer meist zerstrittenen Vertreter im In- und Ausland übrig. Weder die Sozialistische noch die Kommunistische Partei wären in der Lage gewesen, die Forderungen der Industrie-

und Landarbeiter wirkungsvoll zu vertreten. Auch die Gewerkschaft besaß keine durchsetzungsfähige Struktur. Die Sozialistische Partei, 1875 gegründet, war nie zu einer gesellschaftlich einflußreichen Kraft in Arbeiterverbänden oder Gewerkschaften geworden. Sie löste sich 1933 bei einem Parteikongreß in Coimbra sogar selbst auf. Die Kommunisten (1921 gegründet) waren praktisch bedeutungslos und für eine erfolgreiche politische Betätigung im Untergrund zu schlecht organisiert. Ihre Gründung betrieben Anarchisten und Anarchosyndikalisten.

1930 erfolgte die Gründung der *União Nacional*, die gar keine neue Partei sein wollte, sondern nur ein Machtinstrument des von Salazar in der Folgezeit aufgebauten politischen und rechtlichen Apparates darstellte. Als 1931 in Spanien die Zweite Republik ausgerufen worden war und eine republikanisch-radikal-sozialistische Koalition nach dem Sturz der Monarchie an die Regierung gelangte, boten die beiden iberischen Nachbarstaaten Oppositionellen jeweils umgekehrt Zuflucht: Spanische Monarchisten und Konservative zog es nach Portugal, während Gegner der Diktatur in Portugal zeitweilig nach Spanien ausweichen konnten. Die spanische Republik unterstützte bis Ende 1933 die portugiesische Opposition massiv gegen die Militärdiktatur. Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten erhielten dabei Hilfe von der *Federación Anárquica Ibérica*, und die CGT wurde von der spanischen Schwesterorganisation *Confederación Nacional del Trabajo* unterstützt. Die Aktionen zur Wiederherstellung von Demokratie und Bürgerfreiheit wurden sichtlich gestärkt, sie gipfelten in einem von der CGT vorbereiteten Generalstreik (18. 1. 1934) gegen die vorgesehene Einführung des Korporativsystems, das den Gewerkschaften ein Ende setzen sollte. Der gleichzeitig geplante Militäraufstand schlug fehl, so daß die in der Folge eingeleiteten Repressionsmaßnahmen die organisatorischen Strukturen der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaft zerschlagen konnten. In Spanien hatte inzwischen die Rechte gesiegt, so daß 1934 der Aufbau des salazaristischen Staates ungehindert von «Störmanövern» linker, demokratischer Oppositionskräfte seinen Verlauf nahm. Es kam zu massenhaften Verhaftungen vor allem von Kommunisten, andere gingen ins Exil. 1935 wurden per Dekret Regimegegner aus Heer und öffentlichen Ämtern entfernt. Dennoch rührte sich weiterhin der Widerstand in einzelnen spektakulären Aktionen, wie etwa dem Bombenattentat auf Salazar (4. Juli 1937). Salazar brach die diplomatischen Beziehungen zur Zweiten Republik in Spanien ab. Die Oppositionellen gegen Salazar wurden als Schreckgespenst mit den «spanischen Roten» schlechthin gleichgesetzt. Den Kommunisten wurde durch den Ausschluß aus der Kommunistischen Internationale — mit der Begründung, die Partei sei von der PIDE (siehe unten) unterwandert — weiterer Boden entzogen. Ab 1940 baute Álvaro Cunhal den Kader des PCP im ganzen Land gegen Widerstände aus den eigenen Reihen neu auf. Auch die Republikanische Partei Portugals und die

Sozialistische Partei begannen wieder im Untergrund tätig zu werden. Der Ende 1943 geschaffene *Movimento de Unidade Nacional Anti-Fascista* (MUNAF) erhielt durch die Kriegsgeschehnisse des Zweiten Weltkriegs Auftrieb und war ein Sammelbecken für Regimegegner mit ihren sozialpolitischen Forderungen. Die Kommunisten betrieben die Bildung von *Grupos Anti-Fascistas de Combate* unter Landarbeitern im Alentejo. Der *Movimento de Unidade Democrática* (MUD) diente der Opposition in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs — an dem Portugal sich nicht direkt beteiligte — als organisatorische Plattform, als man noch glaubte, daß nach dem Sieg über die Achsenmächte nunmehr der Fall des Salazarregimes unvermeidlich sei. Der Staatschef General Carmona empfing sogar eine Abordnung des MUD und verschaffte ihm damit einen Hauch von Legalität, auch wenn er seine Forderungen vor der Wahl 1945 natürlich ablehnte. Der MUD wurde zur größten Organisation der verschiedenen politischen Kräfte von Kommunisten über Sozialdemokraten bis hin zu Liberalen gegen den *Estado Novo*. Ihm stand eine Jugendorganisation zur Seite, die sich vorwiegend unter Studenten betätigte. Außerdem kam es zu Versuchen der Gründung eines *Partido Trabalhista* und zur Neuorganisation des *Partido Socialista Português* als Mitglied der Sozialistischen Internationale (seit 1972). Aus der *União Socialista*, der unter anderen António Sérgio angehörte, ging 1964 die in Genf gegründete *Acção Socialista Portuguesa* hervor, die Vorgängerin des heutigen *Partido Socialista*. Im selben Jahr spaltete sich die Kommunistische Partei in eine Volksaktionsfront (FAP) und eine marxistisch-leninistische Gruppierung. Nachdem sich die Hoffnungen auf einen baldigen Sturz der Diktatur nicht erfüllten, verlegte sich der MUD darauf, bei den Streitkräften konspirative Strömungen zu fördern, um den Sturz des Regimes herbeizuführen. Zu diesem Zweck wurde im Juni 1946 die *Junta Militar de Libertação Nacional* gegründet. Alle Versuche einer Militärerhebung vor 1974 wurden jedoch im Keim erstickt. Paradoxerweise erwies sich die Einrichtung der *Casa dos Estudantes do Império* (1945) in Lissabon als für das Regime kontraproduktiv, da aus ihr nicht wenige der späteren Anführer der Befreiungsbewegungen in Afrika hervorgingen (u. a. Amílcar Cabral, Marcelino dos Santos, Sérgio Vieira). Für die Opposition bedeutete die Wahlkampagne zur Präsidentschaftswahl von 1958 mit Humberto Delgados Kandidatur und die dadurch ausgelöste Massenbewegung eine Wende. Hauptmann Henrique Galvão, der in Delgados Auftrag das Passagierschiff *Santa Maria* entführte, ging nach Brasilien ins Exil und betätigte sich in der *Frente Antiautoritária de Portugueses Exilados Livres*. Die *Frente Popular de Libertação Nacional* agierte von Frankreich und Nordafrika aus und verfügte sogar über einen Rundfunksender, *A Voz da Liberdade* («Die Stimme der Freiheit»). Die einzige Oppositionsgruppe, die für einen gewaltsamen Umsturz eintrat, war die Liga Unida da Acção Revolucionária (LUAR) unter Führung

von Hermínio da Palma Inácio, einem ehemaligen Luftwaffenpiloten, der 1961 an der ersten Entführung einer Verkehrsmaschine in Portugal beteiligt war.

Bei den ersten Wahlen unter Caetano im Jahr 1969 wurden Wahlkommissionen der Opposition zugelassen, jedoch unter starker Behinderung. Die Linke verringerte ihre Chance zusätzlich durch Aufspaltung in eine sozialistische, gemäßigt geführte *Lista de Comissão Eleitoral de Unidade Democrática* (CEUD), die mit der *Comissão Democrática Eleitoral* (CED) konkurrierte; um diese scharten sich Linkskatholiken und Marxisten. Im Landesdurchschnitt kam die Opposition zwar nur auf etwa 12 % der Stimmen, aber daß sie überhaupt bei den Wahlen auftrat, war ein aufsehen-erregendes Zeichen.

Die portugiesische Opposition hatte es schwer, sich in Parteien, die verboten und Salazar verhaßt waren, im Untergrund zu sammeln und zu organisieren. Der Überwachungsapparat war zu übermächtig, und die Basisstrukturen fehlten nach dem Zusammenbruch der Republik. Die oppositionellen Kräfte zersplitterten sich oder reagierten aus mangelnder politischer Erfahrung taktisch unklug, etwa durch Rückzug unmittelbar vor Wahlen (noch 1973). Es war ausgeschlossen, in der Bevölkerung ein breiteres Echo und Unterstützung zu finden, lediglich den Kommunisten gelang es, eine schlagkräftige Organisation der Parteizellen aufzubauen. Die Schwierigkeiten im politischen Prozeß unmittelbar nach der Nelkenrevolution sind auch der Spiegel der nach fünfzig Jahren der Diktatur mangelnden Erfahrung im demokratisch-parlamentarischen Umgang mit Parteien als Ort politischer Meinungs- und Willensbildung und programmatischer Gestaltung der Gesellschaft.

Wahlen im *Estado Novo*

Das salazaristische Regime veranstaltete regelmäßig Wahlen und Abstimmungen zur schein-demokratischen Bestätigung seiner Institutionen. Die Einheitspartei *União Nacional* leistete dabei wirkungsvoll Nachhilfe. Das Wahlgesetz von 1934 schränkte das Wahlrecht trotz der in der Verfassung — die im Jahr zuvor durch Volksentscheid gebilligt worden war — festgeschriebenen Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Ansehen von Geburt, Rasse, Geschlecht, Religion und sozialer Stellung (Artikel 5, § 2) erheblich ein, etwa bei Frauen «im Hinblick auf die naturgegebenen Unterschiede und das Wohl der Familie» sowie «im Hinblick auf die durch die verschiedenen Umstände und durch die Natur der Dinge auferlegten Unterschiede», wie es sibyllinisch-unverständlich hieß, möglicherweise in Anspielung auf den hohen Anteil von Analphabeten in der Bevölkerung oder auf die Eingeborenen in den überseeischen Gebieten. Abstimmen durfte nur, wer lesen und schreiben konnte bzw. einen gewissen Steuersatz zahlte. Frauen mußten

zusätzlich entweder eine höhere Schulbildung nachweisen oder als Familienvorstand fungieren. Damit verringerte sich die Zahl der im Wahlregister eingetragenen Wahlberechtigten ganz erheblich. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 18. November 1945, die nach Salazars vollmundiger Ankündigung so frei wie im freien England sein sollten — wenige Monate zuvor hatte er Portugal als «organische Demokratie» bezeichnet — waren lediglich etwa 12 % der Bevölkerung in den Wählerverzeichnissen erfaßt. Es gab auch nur eine Wahlliste, so daß bereits bei der ersten Wahl zur Nationalversammlung am 17. Dezember 1934 ausschließlich Regierungsanhänger zum Zuge kamen. Bei der Verfassungsreform von 1945 wurden entsprechend den Distrikten 30 Wahlbezirke geschaffen. Nun konnten Wahlvorschläge beim Zivilgouverneur der Provinz und auch beim Generalstaatsanwalt der Republik eingereicht werden. Der Gouverneur erhielt jedoch die Möglichkeit, politisch «unzuverlässige» Kandidaten zurückzuweisen.

Ausführlich regelte die Verfassung die Wahl des Präsidenten der Republik. Das Staatsoberhaupt ist der von der Nation gewählte Präsident der Republik. Diese Wahl erfolgte jedoch seit 1965 über ein Wahlmännerkollegium (Artikel 72-75).

Nachdem General Carmona, seit 1928 Staatspräsident, 1935 und 1942 jeweils im Einvernehmen mit Salazar im Amt bestätigt worden war, entstand vor der Wahl 1949 dadurch eine für den Ministerpräsidenten gefährliche Situation, daß der auch im Ausland angesehene altgediente, achtzigjährige General Norton de Matos, ehemaliger Hochkommissar in Angola, Großmeister der portugiesischen Freimaurerloge und einer der führenden Kräfte der im Spätsommer 1945 von Offizieren im Bund mit oppositionellen Zivilisten vorbereiteten, fehlgeschlagenen Verschwörung gegen Salazar, für das Amt des Staatspräsidenten kandidierte. Dieser ernennet und entläßt nach der Verfassung den Ministerpräsidenten. Salazar brauchte aber einen Kandidaten seines Vertrauens, denn auch auf den kranken Carmona, der ihn selbst ursprünglich in die Regierung berufen hatte, war kein Verlaß mehr. Der von Norton de Matos geführte Wahlkampf brachte ein letztes Mal für lange Zeit die Opposition im *Movimento de Unidade Democrática* (MUD) in Scharen zusammen, die von Salazar vergeblich Zugeständnisse verlangte und sich dann vor der Wahl zurückzog, so daß Carmona siegte. Er starb am 18. April 1951. Die Opposition konnte sich auf keinen Kandidaten einigen, so daß wieder ein Militär, Craveiro Lopes, Kommandant der *Legião Portuguesa*, Salazars Kandidat war — und auch gewählt wurde. Er sollte die Streitkräfte fester in den *Estado Novo* einbinden und die Verbindung mit der Portugiesischen Legion stärken.

Bei der 1958 anstehenden Präsidentenwahl wurde das Zerwürfnis mit Craveiro Lopes offenkundig, der gegenüber Salazar auf die nach der Verfassung ohnehin beschränkten Rechte des Staatsoberhauptes pochte. Salazar präsentierte daraufhin

seinen Vertrauten und langjährigen Marineminister (seit 1944), Admiral Américo Tomás, als Kandidaten, den die Nationale Union unterstützte. Im April 1958 meldete General Humberto Delgado, der Salazar anfangs bewundert hatte, 1944 Generaldirektor der Zivilluftfahrt und später NATO-Verbindungsoffizier wurde, seine Kandidatur an. Bereits 1956 war er an einer Verschwörung beteiligt und wollte, wie er in seinen Memoiren beschrieb, mit einer bewaffneten Revolution kurz vor den Wahlen das Problem Portugals lösen, was ihm aber mißlang; er hätte auch kein Programm zu bieten gehabt, obwohl er in einem tumultuarischen Wahlkampf mit seiner Beredsamkeit erheblichen Auflauf verursachte und Salazar davonzujagen versprach, falls er die Wahl gewönne. Aber er wurde auch massiv von den Sicherheitskräften behindert, verlor die Wahl mit 236 528 gegen 758 998 Stimmen für Admiral Tomás und verlangte eine Wahlwiederholung. Mehreres ist bezeichnend am schillernden Fall Delgados: Zum einen drängten Militärs in wachsendem Maße auf Reformen und kritisierten die Immobilität des Regimes. Zum anderen wurde die Rolle des Militärs für die «Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des Friedens» (Artikel 53 der Verfassung) deutlich: Der mächtige, schon zweiundzwanzig Jahre amtierende Verteidigungsminister Santos Costa erklärte (gegen Craveiro Lopes gerichtet), daß die Streitkräfte geschlossen hinter Admiral Tomás und damit hinter Salazar stünden, um im Falle eines Wahlsieges von Delgado ein Chaos zu verhüten. Delgado wollte sogar selbst zunächst eine provisorische Militärregierung errichten, bis Parlamentswahlen stattgefunden hätten. Nach dem Ausgang der Präsidentschaftswahlen löste Salazar in einem taktischen Zug den Verteidigungsminister durch den Generalstabschef Júlio Botelho Moniz ab, um bei den ausgebrochenen Flügelkämpfen die Entpolitisierung der Streitkräfte zu fördern und ihren Einfluß zu schwächen. Botelho Moniz führte jedoch 1961 selbst einen Militärputsch an, der mißlang. Drittens deckte Delgado Unregelmäßigkeiten auf, etwa die Unterschlagung von Stimmzetteln. Nach den offiziellen Zählungen lag Delgados Wahlergebnis bei etwa 23 % der abgegebenen Stimmen, aber Delgado beanspruchte für sich doppelt so viele. Er wies darauf hin, daß in Lissabon mit ungefähr 900 000 Einwohnern nur 105 978 Stimmberechtigte eingetragen waren, während in Porto gerade einmal 25 000 der 400 000 Einwohner ihre Stimme abgegeben hatten. Delgado wurde aus der Armee ausgestoßen und vor ein Militärgericht gestellt. Nachdem er 1961 heimlich aus dem Asyl in Brasilien nach Portugal zurückgekehrt war, überwarf er sich mit Henrique Galvão, der durch die Entführung des portugiesischen Luxusdampfers Santa Maria 1961 internationales Aufsehen erregte. Ein Putsch in der Garnison von Beja schlug fehl, Delgado konnte entkommen und lenkte von Algier aus die Tätigkeiten seiner Nationalen Unabhängigkeitsbewegung, bis er — möglicherweise von der PIDE in einen Hinterhalt gelockt — auf spanischem Boden bei Badajoz 1965 einem Mordanschlag zum Opfer fiel. Der

spätere Ministerpräsident und Präsident Dr. Mário Soares versuchte als Rechtsanwalt der Familie Delgados Licht in den spektakulären politischen Mordfall zu bringen.

Die Umstände der Präsidentschaftswahl von 1958 bedeuteten erstmals eine ernste Gefährdung für Salazars Position. Die Erfahrungen bei der Kampagne mit Humberto Delgado hatten zur Folge, daß die Verfassung bezüglich des Wahlmodus für den Präsidenten 1959 geändert wurde und Tomás 1965 von einem Wahlkollegium als Staatspräsident bestätigt wurde. Die Opposition hatte keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Das Wahlgremium wurde aus den 585 Mitgliedern der Nationalversammlung, der Korporativkammer sowie den Delegierten der Distrikt- und Provinzräte gebildet. Die Wahl erfolgte also korporativ ganz im Sinne der tragenden Staatsidee.

Als Staatspräsident entließ Tomás den schwerkranken Erfinder und Gründer des *Estado Novo* und ernannte am 25. September 1968 Marcelo Caetano, einen der Mitautoren der Verfassung von 1933, wie längst vorgesehen, zu dessen Nachfolger. Tomás selbst wurde nach der Revolution vom 25. April 1974 von General António de Spínola abgelöst und ging nach Brasilien ins Exil. Unter Caetano verliefen die Wahlen zur Nationalversammlung im allgemeinen korrekter als unter Salazar. Die kandidierenden Gruppen erhielten erstmals das Recht, sowohl die Stimmabgabe als auch die Auszählung zu überwachen. Freie Wahlen konnten jedoch nicht durchgeführt werden, denn die Gründung von Parteien blieb nach wie vor verboten. Es wurden lediglich Wahlkommissionen der Oppositionellen gebildet, allerdings erst ein Vierteljahr vor der Wahl, so daß die Frist zur Eintragung in die Wählerverzeichnisse bereits überschritten war. Außerdem blieb der Zugang zu den Medien versperrt und die Möglichkeiten der Wahlkampfwerbung äußerst beschränkt.

Massenorganisationen im *Estado Novo*

Zum Herrschaftsinstrumentarium des Salazarismus gehören drei Massenorganisationen, die Nationale Union (*União Nacional*) als Einheitspartei, die Portugiesische Legion (*Legião Portuguesa*) als deren paramilitärische Freiwilligenmiliz und die Portugiesische Staatsjugend (*Mocidade Portuguesa*). Die nach dem Muster von Marschall Pilsudski, der in Polen 1926 mit einem vom Militär unterstützten Staatsstreich an die Macht gekommen war und 1935 eine autoritäre Verfassung durchgesetzt hatte, am 30. 6. 1930 gegründete *Nationale Union* unter Führung Salazars sollte ein Parteiersatz, eine «Bewegung» wie etwa Mussolinis Faschisten sein. Auch die 1933 von José Antonio Primo de Rivera in Spanien gegründete *Falange Española* lehnte parlamentarische Demokratie und politische Parteien ab, forderte den autoritären Staat und befürwortete den Zusammenschluß von Arbeitern und Unternehmern im Einheitssyndikat. Im Unterschied zu Polen verfügte allerdings

die portugiesische Nationale Union über keine historisch-politische Traditionsgrundlage. Sie blieb eine künstliche Schöpfung und sollte als neue Organisationsform für eine politische Massenorganisation im Dienst des neuen Staates die nationale Integration betreiben und dessen korporatives Strukturprinzip festigen. Unter Marcelo Caetano wurde die nationale Union in *Acção Nacional Popular* («Nationale Volksaktion») umbenannt.

Unter dem Eindruck des Ausbruchs des Spanischen Bürgerkriegs (1936-1939) kam es drei Jahre nach der Schaffung der politischen Polizeiorganisation (*Polícia de Vigilância e de Defesa do Estado*) im September 1936 zur Gründung der *Portugiesischen Legion* (*Legião Portuguesa*). Die Legion wurde als patriotischer Verband von Freiwilligen definiert, der es sich zur Aufgabe macht, den moralischen Widerstand der Nation zu organisieren und bei ihrer Verteidigung gegen die Feinde des Vaterlandes und der Ordnung mitzuwirken. Dieser Verband fügte sich in die Vorstellung der Nation in Waffen ein und hatte daher eine paramilitärische Struktur. Die Massenorganisation der Legion verfügte über einen eigenen (politischen) Nachrichtendienst und wurde von den Militärs sofort mißtrauisch als Konkurrenz zum Gewaltmonopol der Streitkräfte empfunden. 1936 übernahm Salazar zum Amt des Ministerpräsidenten und Außenministers zeitweise auch noch das Kriegsministerium.

Die *Portugiesische Jugend* (*Mocidade Portuguesa*) wurde nach dem Vorbild der Hitler-Jugend als Massenbewegung unter der Kontrolle des Regimes und der Nationalen Union 1936 gegründet. 1940-1944 leitete der spätere Ministerpräsident Marcelo Caetano die *Mocidade Portuguesa* als Nationalkommissar. Ihr gehörten die Sieben- bis Vierzehnjährigen an. Sie diente der außerschulischen Jugendbetreuung und Kaderbildung in «Ergänzung» zum Erziehungsauftrag der Kirche, der Familie und der Schule im Dienst für Gott, das Vaterland und den Nächsten. Eine wichtige Rolle spielten dabei Körperertüchtigung und Charakterbildung. Wie die Schule, so stellte auch die Portugiesische Jugendbewegung ein gefügiges Instrument der Pädagogik des Neuen Staates zur Disziplinierung der Heranwachsenden in der Gemeinschaft zur Kontrolle über die Familie und zur Pflege eines neuen Wertebewußtseins dar.

Die Zensur im *Estado Novo*

Ogleich die Verfassung die Freiheit der Meinungsäußerung ausdrücklich als Bürgerrecht in Artikel 8 gewährleistete, unterhielt der *Estado Novo* einen riesigen Zensurapparat. Die Handhabe dafür lieferte Artikel 21, § 1, der Sondergesetze vorsah, welche die Ausübung der Freiheit der Meinungsäußerung und der Lehre (sowie der Versammlung und Vereinigung) einschränken konnten, um «vorbeu-

gend oder mit repressiven Maßnahmen die Perversion der öffentlichen Meinung in ihrer Funktion als gesellschaftlicher Kraft zu verhindern und die moralische Integrität der Bürger zu sichern.» Die Verfassung widmet eigens Kapitel VI, Artikel 22 und 23, der öffentlichen Meinung, die ein Grundelement der Politik und Verwaltung des Landes bilde. Der Staat habe daher die Aufgabe, sie gegen alles zu verteidigen, was sie von der Wahrheit, Gerechtigkeit, guten Verwaltung und dem Gemeinwohl ablenkt. Die Presse, so stellt Artikel 23 als Selbstverständlichkeit fest, habe eine öffentliche Aufgabe, allerdings wird daraus die geradezu zynisch einschränkende Maßnahme abgeleitet, daß sie auch verpflichtet sei, regierungsamtliche Verlautbarungen in Angelegenheiten von nationalem Interesse zu veröffentlichen.

Am selben Tag, als die Verfassung in Kraft trat (11. April 1933), wurde per Dekret die Pressezensur eingerichtet und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Der Vorzensur, die unter der Militärdiktatur noch nicht so fest geregelt war, unterlagen insbesondere Zeitungen, Zeitschriften, Magazine, Abbildungen, Broschüren, Flugblätter, Plakate, Rundschreiben, Berichte, Inserate, Prospekte, Aufrufe. Es gab fünf Stufen, die von «zensiert» bis «freigegeben unter der Auflage von Streichungen» reichten. Die Vorzensur sollte 1943 auch auf alle nichtperiodischen Veröffentlichungen ausgedehnt werden, um die lückenlose polizeiliche Überwachung des Verlagswesens zu erreichen; dazu kam es allerdings nicht.

Die «*censura repressiva*» (Veröffentlichungsverbot durch die Zensurbehörde) betraf neben den Presseerzeugnissen die Bücher und deren Einfuhr. Dennoch erschienen nicht wenige Veröffentlichungen im Untergrund und fanden auch heimlich Verbreitung. Der Index verbotener portugiesischer Autoren umfaßte über sechzig Namen, unter anderen Aquilino Ribeiro, Miguel Torga, Jorge de Sena, Alves Redol, José Cardoso Pires. Unter den Ausländern befanden sich so berühmte Schriftsteller wie Tolstoi, Gogol, Steinbeck, Faulkner oder Camus.¹ Nach Drucklegung konnte ein Buch ohne Einspruchsmöglichkeit des betroffenen Verfassers oder Verlegers und ohne Begründung seitens der Zensurbehörde beschlagnahmt werden. Die Auflage wurde entschädigungslos konfisziert. Es gab auch Fälle, in denen die Druckereieinrichtung zerstört oder der Verlag geschlossen wurde. Bei dem ohnehin schon schwierigen Buchmarkt waren die Willkürmaßnahmen der Zensur ein unkalkulierbar großes Geschäftsrisiko.

Infolge der Überwachung verschwand die Presse der Opposition von rechts und links innerhalb kurzer Zeit. Die planmäßige Entpolitisierung führte zu einem enormen Niveauverlust der Tagespresse. Presse und Rundfunk, später das Fernsehen, wurden gleichgeschaltet. Salazar selbst leitete die 1940 eingerichtete Koordinationsstelle der

¹ Ein Schwarzbuch verzeichnet — leider ohne genaue Jahresangaben — die *Livros proibidos no Regime fascista*, Lisboa: Presidência do Conselho de Ministros, 1981.

Propaganda- und Informationsdienste. Als Chefpropagandist des Regimes übernahm der Schriftsteller und Journalist António Ferro 1944 die Leitung des *Secretariado Nacional de Informação*. Die Generaldirektion für das Zensurwesen wurde dabei ebenso wie die *Inspecção Geral dos Espectáculos* dem *Secretariado Nacional de Informação* unterstellt. Obwohl die «Propaganda» aus der Amtsbezeichnung verschwand, blieb dennoch die Aufgabe der totalen staatlichen Informationskontrolle und -lenkung in einer Behörde gebündelt die gleiche. Zensur und PIDE arbeiteten jetzt Hand in Hand. Die Zensur wurde über das ganze Land verteilt, straff ausgebaut und bestand von 1926 bis 1974. Auch im Bereich von Theater, Film, Variété, Zirkus, Musik und Ballett waren alle Veranstaltungen bei der *Inspecção Geral dos Espectáculos*, die zunächst dem Erziehungsministerium unterstand, anzumelden und genehmigungspflichtig. Für die Autorisierung von Theateraufführungen war eigens eine Art Generalprobe vor Mitgliedern der Zensurbehörde erforderlich.²

In wenigen anderen europäischen Ländern — darunter die Sowjetunion, Albanien, das Gebiet des heutigen Ostdeutschland von 1933 bis 1989 — hat die Zensur im 20. Jahrhundert so lange ihre Spuren im geistigen Haushalt und in der Ausbildung einer öffentlichen Meinung hinterlassen wie in Portugal. Kaum abzuschätzen sind die Folgen verinnerlichter Selbstzensur und die psychischen Schwierigkeiten und Verrenkungen der von der Zensur Betroffenen.

Die Geheimpolizei des *Estado Novo*

Die wichtigste Stütze des *Estado Novo* bildete neben der Einheitspartei der Nationalen Union die nach dem Vorbild der nationalsozialistischen Geheimen Staatspolizei (Gestapo) organisierte Staatsschutzpolizei, *Polícia de Vigilância e de Defesa do Estado*, die zwar dem Innenministerium zugeordnet war, aber als Werkzeug der politischen Justiz und Unterdrückung den Direktiven Salazars zu folgen hatte. Die Verfassung von 1933 erwähnt diese gefürchtete Einrichtung nicht, die 1945 in *Polícia Internacional e de Defesa do Estado* (PIDE) umbenannt wurde und keineswegs als Fremden- oder Ausländerpolizei fungierte. Sie verfügte über einen Apparat von 10 000 Mitarbeitern und unterhielt Sondergerichte sowie berüchtigte Spezialgefängnisse (Caxias, Peniche, Porto, Tarrafal). Ein umfangreiches Informanten- und Spitzelnetz in allen Schichten der Bevölkerung gewährleistete zusammen mit der Zensur die rücksichtslose, umfassende polizeistaatliche Überwachung des öffentlichen und privaten Lebens. Der Haushalt der PIDE war der

² Vgl. Kian-Harald Karimi: *Das portugiesische Gegenwartsdrama unter der politischen Zensur (1960-1974)*, Frankfurt am Main; Bern; Paris; New York: P. Lang, 1991 (Bonner Romanistische Arbeiten; 40).

öffentlichen Kontrolle, etwa in der Nationalversammlung, entzogen. Die Geheimpolizei besaß weitreichende Sondervollmachten außerhalb der verfassungsmäßigen und rechtsstaatlichen Grundsätze. Sie konnte beispielsweise Verhaftungen ohne richterlichen Haftbefehl vornehmen, Untersuchungsgefangene durften keinen Rechtsbeistand nehmen oder Besuche empfangen. Der «Sicherheitsgewahrsam» konnte willkürlich verlängert werden, ohne daß nach Ermittlungen und Verhören eine Anklage zu erfolgen hatte. Die Häftlinge waren vielfach Einschüchterungsversuchen und Folterungen ausgesetzt. Erpreßten Aussagen kam vor Gericht Beweiskraft zu, auch wenn die Opfer auf die beim Ermittlungsverfahren begangenen Rechtswidrigkeiten hinwiesen. Die in der Verfassung (Kapitel 2, Artikel 8, 21, § 4) garantierte Regel des *Habeas corpus* gegen Mißbrauch staatlicher Gewalt wurde hier, trotz der «Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz», nicht angewandt. Sondergesetze sollten die Ausübung der Freiheit der Meinungsäußerung, der Lehre, der Versammlung und Vereinigung sowie der religiösen Freiheit regeln, um «vorbeugend oder unterdrückend die Perversion der öffentlichen Meinung [...] [zu] verhindern und die moralische Integrität der Bürger sicher[zustellen]» (Verfassung, Kapitel 2, Artikel 8, 21, § 2). Die PIDE setzte sich ebenfalls über die oberste Gerichtsbarkeit hinweg. Sie konnte Personen bis zu sechs Monaten inhaftieren und zusätzlich 180 Tage Gefängnis ohne gerichtlichen Beschluß anordnen. Nach Ablauf eines Jahres konnten erneut «Sicherheitsmaßnahmen» verhängt werden, und dieses Vorgehen ließ sich unbegrenzt fortsetzen. Als Strafe konnte auch die Verbannung in Straflager auf den Kapverden (Tarrafal) verhängt werden. Erst nach 1945 gab die Politische Polizei die Aufsicht im Strafvollzug bei politischen Gefangenen in die Zuständigkeit des Justizministeriums ab, wengleich sich die PIDE weiterhin Mitspracherechte vorbehielt und auf die Gerichtsverfahren Einfluß nehmen konnte. Bei der Besetzung von Posten im öffentlichen Dienst war eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der PIDE erforderlich, die spektakuläre Säuberungsaktionen gegen Oppositionelle im Heer und in der Verwaltung vornahm. Im November 1969 erfolgte die Umbenennung der PIDE in *Direcção Geral de Segurança* (Generaldirektion für Sicherheit), ohne daß sich jedoch Arbeitsweise und Funktionen veränderten. Die *Guardia Nacional Republicana* (GNR) umfaßte etwa achttausend Mann.

Bibliographie

- Anuário estatístico de Portugal 1996* (1997), Lisboa: Instituto Nacional de Estatística.
Area Handbook for Portugal (1977), Washington, D. C.
Baganha, Maria Ioannis B. (1994): «As correntes emigratórias portuguesas no século XX e o seu impacto na economia nacional», in: *Análise Social* 29, S. 959-980.

- Barata, Óscar Soares (1985): «Demografia e evolução social em Portugal», in: *Análise Social* 21, S. 908-914.
- Barreto, António (1996): *A situação social em Portugal 1960-1995*, Lisboa: ICS.
- Barth, Jutta / Borowczak, Winfried / Sieber, Wolfgang (1989): *Die gesellschaftliche Entwicklung Portugals seit Anfang der siebziger Jahre: eine Materialsammlung*, Bielefeld: Universität, Fakultät für Soziologie.
- Bernecker, Walther L. (1990): «Spanien und Portugal zwischen Regime-Übergang und stabilisierter Demokratie», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zu *Das Parlament*) B 51, S. 15-28.
- Bieber, Horst (1975): *Portugal*, Hannover: Fackelträger.
- Bruneau, Thomas C. / Macleod, Alex (1996): *Politics in Contemporary Portugal*, Boulder: Lynne Rienner.
- Carvalho, Otelo Saraiva de (1977): *Alvorada em abril*, Amadora: Bertrand.
- Cassola Ribeiro, F. G. (1986): *Emigração portuguesa: algumas características dominantes dos movimentos no período de 1950 a 1984*, Porto: Secretária de Estado das Comunidades Portuguesas.
- Chilcote, Ronald H. (1987): *The Portuguese Revolution of 25 April 1974: Annotated Bibliography on the Antecedents and Aftermath*, Coimbra: Centro de Documentação do 25 de Abril 1987.
- Coelho, Mário Baptista (Hrsg.) (1989): *Portugal, o sistema político e constitucional 1974-1987*, Lisboa: Instituto de Ciências Sociais; Universidade de Lisboa.
- Cruz, Manuel Braga da (1994): «O Presidente da República na génese e evolução do sistema de governo português», in: *Análise Social* 29, S. 237-265.
- Cunha, Carlos A. (1992): *The Portuguese Communist Party's Strategy for Power 1921-1986*, New York: Garland.
- Decker, Gudrun / Decker, Alexander (²1992): *Portugal*, München: C. H. Beck.
- Dicionário de história do Estado Novo* (1996), Lisboa: Bertrand.
- Eisfeld, Rainer (1984): *Sozialistischer Pluralismus in Europa: Ansätze und Scheitern am Beispiel Portugals*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Ferreira, Eduardo de Sousa (Hrsg.) (1986): *Closing the Migratory Cycle: The Case of Portugal*, Saarbrücken: Breitenbach.
- Ferreira, José Medeiros (1983): *Ensaio histórico sobre a Revolução do 25 Abril*, Lisboa: Imprensa Nacional.
- Ferreira, José Medeiros (1992): *O comportamento político dos militares: Forças Armadas e regimes políticos em Portugal no século XX*, Lisboa: Estampa.
- Fields, Rona M. (1975): *The Portuguese Revolution and the Armed Forces Movement*, New York: Praeger.

- Graham, Lawrence S. / Makler, Harry M. (Hrsg.) (1979): *Contemporary Portugal: The Revolution and its Antecedents*, Austin: University of Texas Press.
- Graham, Lawrence S. / Wheeler, Douglas L. (Hrsg.) (1983): *In Search of Modern Portugal: The Revolution and its Consequences*, Madison: Wisconsin University Press.
- Herr, Richard (Hrsg.) (1989): *Iberian Identity: Essays on the Nature of Identity in Portugal and Spain*, Berkeley: University of California Press.
- Herr, Richard (Hrsg.) (1992): *The New Portugal: Democracy and Europe*, Berkeley: University of California Press.
- História de Portugal* (1994), hrsg. von José Mattoso, Bd. 7/8, *Estado Novo 1926-1974*, Lisboa: Estampa.
- Kay, Hugh (1971): *Die Zeit steht still in Portugal: Hintergrund eines politischen Systems*, Bergisch-Gladbach: Lübbe.
- Kuin, Simon (1993): «A Mocidade Portuguesa nos anos 30: anteprojectos e instauração de uma organização paramilitar da juventude», in: *Análise Social* 28, S. 555-588.
- Länderbericht Portugal 1994*, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart: Metzler-Poeschel, 1994.
- Lopes, Marília dos Santos / Knepfelkamp, Ulrich / Hanenberg, Peter (Hrsg.) (1995): *Portugal und Deutschland auf dem Weg nach Europa*, Pfaffenweiler: Centaurus.
- Lucena, Manuel de (1976): *A evolução do sistema corporativo português*, Lisboa: Perspectivas & Realidades.
- Machado, Diamantino P. (1991): *The Structure of Portuguese Society: The Failure of Fascism*, New York: Praeger.
- Marques, A. H. de Oliveira (1997): *Geschichte Portugals und des portugiesischen Weltreichs*, übersetzt von M. Killisch-Horn, Stuttgart: Kröner.
- Matos, Manuel de (1977): «Das Bild Portugals in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland 1961-1975», Diss. Bonn.
- Maxwell, Kenneth R. (Hrsg.) (1986): *Portugal in the 1980's Dilemmas of Democratic Consolidation*, New York: Greenwood.
- Maxwell, Kenneth R. (Hrsg.) (1995): *The Making of Portuguese Democracy*, Cambridge: University Press.
- Nataf, Daniel (1995): *Democratization and Social Settlements: The Political Change in Contemporary Portugal*, New York: State University Press.
- Naujoks, Wilfried / Werres, Bernhard (1990): *Euro-Länderprofile: Portugal*, Köln: Deutscher Wirtschaftsdienst.
- Nova História de Portugal* (1992), hrsg. von Joel Serrão und A. H. de Oliveira Marques, Bd. 12, *Portugal e o Estado Novo (1930-1960)*, Lisboa: Presença.

- Optenhögel, Uwe (1988): *Die Arbeiterbewegung in Portugal im Prozeß gesellschaftlichen Umbruchs: Traditionen, Entstehung und Politik der nachsalazaristischen Gewerkschaften 1968-1979*, Hamburg: Kovač.
- Pinto, António Costa (1992): *O salazarismo e o fascismo europeu*, Lisboa: Estampa (englische Fassung: *Salazars's Dictatorship and European Fascism*, New York: Columbia University Press, 1995.)
- Pires, R. Pena (1987): *Os retornados: um estudo sociográfico*, Lisboa: Instituto de Estudos para o Desenvolvimento.
- Porch, Douglas (1977): *The Portuguese Armed Forces and the Revolution*, London; Stanford: Hoover Institution.
- Raby, D. L. (1988): *Fascism and Resistance in Portugal: Communists, Liberals and Military Dissidents in the Oposition to Salazar 1941-1974*, Manchester: University Press.
- von Rahden, Manuel (1997): «Portugiesische Zeitgeschichte: von der Nelkenrevolution bis zum Jahr 1997», in: Briesemeister, Dietrich / Schönberger, Axel (Hrsg.) (1997): *Portugal heute: Politik — Wirtschaft — Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 213-245.
- Rosas, Fernando (Hrsg.) (1997): *Vom Ständestaat zur Demokratie: Portugal im 20. Jahrhundert*, München: Oldenbourg (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; 75).
- Rother, Bernd (1985): *Der verhinderte Übergang zum Sozialismus: die Sozialistische Partei Portugals im Zentrum der Macht (1974-1978)*, Frankfurt am Main: Materialis Verlag.
- Sänger, Ralf (1994): *Portugals langer Weg nach Europa: die Entwicklung von einem autoritär-korporativen Regime zu einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie*, Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Sánchez Cervelló, José (1993): *A Revolução Portuguesa e a sua influência na transição espanhola (1961-1976)*, Lisboa: Assírio e Alvim.
- Santos, Boaventura de Sousa (1990): *O Estado e a Sociedade em Portugal (1974-1978)*, Porto: Afrontamento.
- Silva, Alberto E. Alarcão e / Nogueira, Lobo de (1969): *Mobilidade geográfica da população de Portugal: migrações internas 1921-1960*, Lisboa: Gulbenkian.
- Silva-Brummel, Fernanda (1987): *'E todos, todos se vão': Emigration und Emigranten in der portugiesischen Literatur*, Frankfurt am Main: Haag & Herchen (Untersuchungen zur romanischen Philologie, Neue Folge; 9).
- Soares, Mário (1974): *Portugal amordaçado: depoimento sobre os anos do fascismo*, Lisboa: Arcádia.

- Spínola, António de (1974): *Portugal e o Futuro: análise da conjuntura nacional*, Lisboa: Arcádia.
- Spínola, António de (1978): *País sem rumo: contributo para a história de uma revolução*, Lisboa: Scire.
- Telo, António José (1995): «Portugal e a NATO: dos Pirenéus a Angola», in: *Análise Social* 30, S. 947-973.
- Tengarrinha, José (1994): «Caminhos da Unidade Democrática contra o Estado Novo», in: *Revista de História das Ideias* 16, S. 387-431.
- Teixeira, Nuno Severiano (1993): «Da neutralidade ao alinhamento: Portugal na fundação do Pacto do Atlântico», in: *Análise Social* 28, S. 55-80.
- Wheeler, Douglas Lanphier (1978): *Republican Portugal: A Political History 1910-1926*, Madison: University of Wisconsin Press.
- Wheeler, Douglas Lanphier (1988): *A ditadura militar portuguesa 1926-1933*, Mem Martins: Publicações Europa-América.
- Wiarda, Howard J. (1977): *Corporatism and Development: The Portuguese Experience*, Amherst: University of Massachusetts Press.